

Wohnen in Leipzig.



Beschlüsse
des außerordentlichen
Stadtparteitages
der SPD Leipzig
Leipzig, 19. September 2015

Inhaltsverzeichnis

Beschlüsse des Stadtparteitags der SPD Leipzig vom 19.09.2015

Antragsnummer Seite/n	Thema (kurz)	Eingereicht von
K 01 5-9	Sozialen Wohnraum kommunal gestalten	SVVL
	I. WOHNEN UND MIETEN	
A 16 10-11	Wohneigentum auch für Durchschnittseinkommen	OV M
A 02 12	Selbstbestimmtes Wohnen im Alter	ASF
A 03 13	Alleinerziehende auf dem Wohnungsmarkt unterstützen	ASF
A 08 14	Seriöses Interesse ohne Gehaltsnachweis	ASF
	II. PLANEN UND BAUEN	
A 15 15	Wohnortnahe Versorgung mit Hausärzten	ASG / OV NW

Inhaltsverzeichnis

Beschlüsse des Stadtparteitags der SPD Leipzig vom 19.09.2015

A 13 16	Stadtteile und Ortschaften stärken	OV SO
A 01 17	Null-CO2-Baugebiete	OV M
A 06 18	Genderspezifische Stadtentwicklung	ASF
A 11 19	Gentrifizierung im Osten verhindern	OV O/NO
A 07 20	Mobilität erleichtern	ASF
	III. SCHUTZ UND ZUFLUCHT	
A 14 21	Asylpolitik: Wohnraum flexibel gestalten	AG MuV
A 12 22	Flüchtlinge einbinden in Stadtentwicklungsprojekt Parkbogen Ost	AK StE-UWe / OV O/NO
A 04 23	Frauenhäuser	ASF

Inhaltsverzeichnis

Beschlüsse des Stadtparteitags der SPD Leipzig vom 19.09.2015

A 05 24	Wohnungslosigkeit	ASF
	IV. SONSTIGE	
A 10 25	Forschungsgrundfinanzierung für FHen	OV W
A 09 26	Flächendeckendes Breitbandnetz	ASF

Antrag K 01 – Beschlossene Fassung

Einreicher: Stadtvorstand Leipzig

Wohnen in Leipzig

Sozialen Wohnraum kommunal gestalten

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt und aus besonderer Verantwortung für Leipzigs soziale Entwicklung verfolgt die SPD wohnungspolitische Ziele mit folgenden Eckpunkten

1. Unsere wachsende Stadt braucht in allen Stadtteilen bezahlbaren Wohnraum, deshalb ist es unser Ziel, dass mindestens 20 Prozent aller Wohnungsneubauten und Sanierungen im Geschosswohnungsbau für einkommensschwache Haushalte zur Verfügung stehen, d. h. zu Mietpreisen bis höchstens 10 Prozent über den Kosten der Unterkunft angeboten werden. Dieses Ziel muss mit allen Akteuren auf dem Wohnungsmarkt gemeinsam verfolgt werden. Als einem wichtigen Instrument sprechen wir uns in diesem Zusammenhang für die Einführung einer sozial gerechten Bodenordnung aus.

2. Für die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) sehen wir eine vorbildgebende Funktion. Die Leipziger SPD spricht sich dafür aus, dass
- a) langfristig mindestens ein Fünftel der einkommensschwachen Haushalte Leipzigs von der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) mit Wohnraum versorgt werden sollen.¹ Es ist darauf zu achten, dass sie dieser Aufgabe im gesamten Stadtgebiet nachkommt und sich nicht auf einzelne Gebiete konzentriert.
 - b) die LWB mittelfristig stärker dahin ausgerichtet wird, die Entwicklung sozialen Wohnraums in Leipzig durch Einnahmen aus ihrem sonstigen Immobilienbestand quer zu finanzieren und dabei insgesamt ohne Zuschüsse der Stadt auszukommen.
 - c) soziale Wohnraumentwicklung im gesamten Stadtgebiet stattfinden und verbindlicher Teil aller Quartiersstrategien in Leipzig werden muss. Dafür geeignete Förderprogramme der EU, des Bundes und ggf. des Landes sind privaten Wohnungseigentümerinnen und -eigentümern, Wohnungsbaugenossenschaften und der LWB gleichzeitig zugänglich zu machen.
 - d) sich die Akteure am Wohnungsmarkt und die Stadt langfristig über Maßnahmen verständigen, die die generative Mobilität am Wohnungsmarkt fördern (u. a. Entwicklung eines Bonusmodells für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger bei Wohnungsverkleinerungen zugunsten von Familien mit Kindern).

¹ Dies entspricht gegenwärtig rd. 14.000 Haushalten und betrifft somit etwas mehr als die Hälfte des aktuellen LWB-Kernbestandes an Wohneigentum (ca. 34.000 Einheiten, rd. 11% des gesamten Leipziger Wohnungsmarktes).

3. Wir fordern sowohl die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag als auch die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, sich mit entsprechender politischer Initiative für eine kommunale Wohnungsbauförderung einzusetzen, die die Schaffung gesellschaftlicher (behindertengerechte, familien- und seniorenfreundliche Baumaßnahmen) und wirtschaftlicher Standards (u. a. nachgewiesene energieeffiziente Sanierung) auch bei der Entwicklung preisgünstigen Wohnraums umfassend und uneingeschränkt ermöglicht.
4. Wir fordern die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag zudem auf, sich vor dem Hintergrund von Leipzigs Wachstum für die Auflage eines Programms „Sozialer Wohnungsbau in den sächsischen Großstädten“ durch den Freistaat einzusetzen.
5. Mit Blick auf die unterschiedlichen Wachstumsprognosen für Leipzigs Bevölkerung setzt sich die SPD Leipzig für den weiteren Erhalt kommunalen Wohneigentums als grundlegender Voraussetzung einer sozialen Stadt ein.

In dem Zusammenhang fordern wir die SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat auf,

- a) auch bei künftigen Wohnungsmarktentwicklungen darauf zu achten, dass das kommunale Anteilsverhältnis am örtlichen Wohnungsmarkt das aufgrund des LWB-Eigentums heute erreichte Anteilsniveau – also 10% des Gesamtmarktes² – nicht unterschreitet.

² Der Wert korrespondiert mit dem Verbot einer „marktbeherrschenden Stellung“ der Kommune in §94a, Abs. 2 SächsGemO (ehem. § 97, Abs. 1); hierzu auch Quecke et al. *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbare Kommentare mit weiterführenden Vorschriften* (Abs. 72): „Weiterhin darf der von der Gemeinde und ihrer Wohnungsunternehmen gehaltene Wohnungsbestand keine marktbeherrschende Stellung einnehmen. Bei der Beurteilung dieses Sachverhaltes ist auf die öffentlichen Verhältnisse abzustellen. Die Schwelle, ab welchem Anteil die Gemeinde eine

- b) sich im Sinne der Kostensenkung und des kommunalen Schuldenabbaus dafür einzusetzen, dass sozialer Wohnraum ausgewogen durch Neubau und durch Sanierung bereits vorhandenen Bestands gemäß dem Grundsatz „Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung“ entwickelt wird oder neu entsteht. Hierzu soll auch eine Überprüfung der bereits vorhandenen Gestaltungssatzungen für Leipzig durch die Verwaltung erfolgen mit dem Ziel, diese Satzungen ggf. anzupassen.

- c) sich für stadbezirksbezogene Milieuschutzsatzungen, die u. a. auch die Beschränkung von Luxussanierungen regeln und einer sozialen Entmischung entgegenwirken, einzusetzen.

- d) sich für die Schaffung niedrigschwelliger Beratungsstellen oder -dienste einzusetzen, die ohne Anwuchs bürokratischer Hürden, sozialer Stigmatisierung und transparent Transferleistungsempfängerinnen und -empfängern, Personen mit Niedriglohneinkommen oder einkommenslosen Personen die entsprechende Wohnungsvermittlung im gesamten Stadtgebiet ermöglichen.

Darüber hinaus sind auch weiterhin alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um das Risiko individuellen Wohnungsverlustes in Leipzig zu senken. Die Verwaltung soll deshalb aufgefordert werden, die bestehenden Maßnahmen und Konzepte zu evaluieren und ggf. zu erweitern.

marktbeherrschende Stellung innehat, lässt sich nicht generalisieren. Sie ist aber sicher dann überschritten, wenn die Gemeinde dauerhaft mehr als 15–20% des gesamten Wohnungsbestandes in ihrem Gebiet besitzt.

e) von der Verwaltung prüfen zu lassen, ob hinsichtlich unterschiedlicher Einkommenssituationen (geringe Einkommen, kein Einkommen, Wohngeldberechtigung u. ä.) Mietgrenzen für preisgünstigen Wohnraum bedarfsgerecht gestaffelt werden können, und klären zu lassen, wie ggf. eine solche Staffelung zielführend auszugestalten ist.

von der Verwaltung prüfen zu lassen, inwieweit außerhalb des LWB-Bestandes Eigentum (auch Grundstückseigentum) der Stadt und ihrer weiteren Beteiligungsunternehmen für die soziale Wohnraumgewinnung eingebunden werden kann.

Antrag A 16

Einreicher: OV Leipzig Mitte

Wohneigentum auch für Durchschnittseinkommen

Der Parteitag möge beschließen:

Die Leipziger SPD spricht sich dafür aus, dass die städtische Wohnungspolitik zukünftig einen verstärkten Blick auf die Wohnbedürfnisse der Bevölkerungsgruppe mit Durchschnittsverdienst wirft, um Abwanderung aus dem Stadtgebiet zu vermeiden. Diese kann Folge von Wohnraum- und Baulandknappheit sein, aber auch zu hohe Preise können hier negative Auswirkungen haben.

Aus diesem Grund spricht sich die SPD Leipzig dafür aus, zusätzliche wohnungspolitische Vorgehensweisen zu prüfen. Die SPD-Fraktion in der Ratsversammlung der Stadt Leipzig wird aufgefordert, entsprechende Aktivitäten mit Anfragen und Anträgen zu begleiten. Hierzu zählen beispielsweise:

- Die Überprüfung und ggf. Erweiterung des Programms zur Förderung des Erwerbs von selbstgenutzten Wohneigentum für Familien mit Kindern (Neubau oder Bestand), wobei darauf zu achten ist, dass der Flächenverbrauch nicht unnötig zunimmt. Hierzu können beispielsweise spezielle Gebiete innerhalb der Stadt als exklusive Fördergebiete ausgewiesen werden.
- Verstärkte Aufklärung über die Möglichkeiten der gemeinsamen privaten Schaffung von Wohneigentum etwa in Form von Gemeinschaftshäusern oder privaten Bau- bzw. Erwerbsgemeinschaften. Ziel sollte die Vermittlung von Wissen sein, in welcher Form Privatpersonen kooperieren können, um gemeinsam selbstgenutzten Wohnraum zu schaffen. Dies gilt auch mit Blick auf Wohnmodelle wie etwa Mehrgenerationshäuser und andere alternative

Wohnformen. Prüfbar wäre in diesem Zusammenhang auch, die Nutzung des Grundes über Erbbaurechtsverhältnisse langfristig günstig für die Bauherren zu gestalten.

- Das vermehrte Recycling und die Mobilisierung gegenwärtig nicht für die Wohnraumversorgung verfügbarer Flächen zu prüfen und hierbei die Pluralität der Nutzungsformen nicht einzuschränken. Als traditionell weltoffene Stadt sollte Leipzig hier nicht nur auf klassische Eigenheimsiedlungen setzen. Auch hier ist die Innenentwicklung der Außenentwicklung vorzuziehen, um positive spill-over-Effekte wie die möglicherweise optimierte Ausnutzung vorhandener sozialer Infrastrukturen oder die allgemeine Verbesserung des Stadtbildes zu erreichen. Die Mischnutzung von Flächen (Wohnen, Soziales und Gewerbe) sollte hierbei geprüft werden.
- Die Veräußerung von sozialem Wohnraum ist zu vermeiden. Gleichzeitig gilt es, die Sozialbindung von sozialem Wohnraum zu verlängern.

Antrag A 02

Einreicherin: ASF Leipzig

Selbstbestimmtes Wohnen im Alter

Der Parteitag möge beschließen:

Wir fordern die Stadtratsfraktion auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass

- ▶ in Leipzig eine Sensibilisierung für alternative Wohnprojekte, speziell für ältere Menschen, erfolgt.
- ▶ die Stadt entsprechende Initiativen für das Mehrgenerationenwohnen auf Mietbasis, das Wohnen für Wohngruppen mit Eigenkapital, das genossenschaftliche Wohnen und das gemeinsame Wohnen im Alter unterstützt.
- ▶ die alten-, behinderten- und rollstuhlgerechte Sanierung von Mietwohnungen im preisgünstigen Sektor gefördert wird.

Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass

- ▶ Zuschüsse vom Bund mit langen Bindungsfristen an Kommunen und Investoren für Mehrgenerationen-Häuser und alternative Wohnprojekte vergeben werden. Verstärkt werden muss auch die Sensibilisierung der überregionalen Entscheidungsträger, um Investitionen zu fördern und eine schnelle Umsetzung der Projekte zu gewährleisten.

Antrag A 03

Einreicherin: ASF Leipzig

Alleinerziehende auf dem Wohnungsmarkt unterstützen

Der Parteitag möge beschließen:

Wir fordern die Stadtratsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass

- ▶ die Abwanderung der Ein-Eltern-Familien aus den gefragten Lagen gebremst wird.
- ▶ die LWB bei der Vergabe von Wohnungen Ein-Eltern-Familien stärker berücksichtigt.
- ▶ die LWB ausreichend große und günstige Wohnungen in guter Lage bereitstellt, z.B. durch Zusammenlegung von zwei kleineren.
- ▶ der Erwerb von Wohneigentum auch für junge Familien ohne größere finanzielle Mittel einfacher wird. Dabei bietet die Förderung von (Mini-)Wohngenossenschaften eher den Zugang zu günstigem Wohneigentum als die (hochpreisigen) Stadthäuser.

Antrag A 08

Einreicherin: ASF Leipzig

Seriöses Mietinteresse ohne Gehaltsnachweis

Der Parteitag möge beschließen:

Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass

- ▶ die Forderung nach einem Gehaltsnachweis durch VermieterInnen und MaklerInnen grundsätzlich unzulässig und damit verboten ist. Es gibt genügend andere Wege, sich über die Seriosität von Mietinteressenten zu informieren.

Antrag A 15

Einreicher: ASG Leipzig, OV Leipzig Nordwest

Gleichmäßige wohnortnahe Versorgung mit Hausärzten

Der Parteitag möge beschließen:

Wohnqualität hängt auch von der stadtteilnahen Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen wie Ärzten, Apothekern, Pflegeeinrichtungen und therapeutischen Praxen ab. Sie fördert eine gesunde Durchmischung in der Bevölkerungsstruktur, so dass jüngere und ältere, gesunde und kranke Menschen gemeinsam in einem Stadtteil bei guter Gesundheitsversorgung leben können.

Die SPD-Stadtratsfraktion Leipzig setzt sich aktiv im Stadtrat dafür ein, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit der örtlichen Kassenärztlichen Vereinigung(KV), den Vertretern der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) und der Ärztekammer auf Grundlage des Versorgungsstärkungsgesetzes (GKV-VSG) und auf Basis der Bedarfsplanungs-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (Stand 18. Dezember 2014) für eine Aufhebung der Unterversorgung von Allgemeinarzt- bzw. Hausarztpraxen in bestimmten Stadtbezirken und Stadtteilen von Leipzig sorgt.

Antrag A 13

Einreicher: OV Leipzig Südost

Wohnen in Leipzig

Der Parteitag möge beschließen:

Stadtteile und Ortschaften als attraktive Wohngebiete stärken

1. Die Leipziger SPD spricht sich dafür aus, Wohngebiete in allen Ortsteilen und Ortschaften gleichmäßig zu fördern und zu entwickeln, um Abkopplungseffekten vorzubeugen. Um dies zu gewährleisten, soll(en) die Flächennutzungs- und Baupläne dahingehend angepasst werden, dass Baulücken in Ortsteilen und Ortschaften, die derzeit noch als Grünflächen ausgewiesen sind, zu Wohnbauflächen umgewandelt werden (können).
2. Wir fordern die SPD-Stadtratsfraktion auf, die unter Ziffer 1 genannten Ziele zu verwirklichen, indem
 - a. durch öffentlich-rechtliche Verträge, insbesondere städtebauliche Verträge, Investoren an Standorten möglichst langfristig gebunden werden;
 - b. bei der Planung von öffentlichen Gebäuden von Anfang an eine mögliche Umnutzung entsprechend zukünftiger Entwicklungsbedingungen mitgedacht wird.

Antrag A 01

Einreicher: OV Leipzig Mitte

Null-CO2 Baugebiete

Der Parteitag möge beschließen:

Die Leipziger SPD spricht sich dafür aus, dass die Stadt Leipzig langfristig bei zukünftigen Wohngebietserweiterungen eine Null- CO2 Energieversorgung in der Bauleitplanung (Bebauungspläne etc.) anstrebt.

Dies soll u. a. erreicht werden durch die Vorzugsnutzung von Energiequellen der Solarenergie sowie Solar und Geothermie.

In diesem Zusammenhang soll der Ausbau der E-Mobilität als schadstoffarmer Mobilitätsform mitgedacht werden.

Die SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat wird aufgefordert, sich entsprechend dieser Positionierung für die sachgerechte Fortschreibung des *Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes* einzusetzen.

Antrag A 06

Einreicherin: ASF Leipzig

Stadtentwicklung auch genderspezifisch denken

Der Parteitag möge beschließen:

Wir fordern die Stadtratsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass

- ▶ bisherige Beteiligungsinstrumente auf ihre Attraktivität für Frauen hin überprüft werden mit dem Ziel, die Beteiligung von Frauen an städteplanerischen Prozessen zu erhöhen.
- ▶ die gesamte Datenerhebung und deren Veröffentlichung im ‚Statistischen Quartalsbericht‘ der Stadt Leipzig vollständig genderdifferenziert erfolgt.
- ▶ die kommunalen Bürgerumfragen den genderspezifischen Lebenssituationen größere Aufmerksamkeit widmen.

Antrag A 11

Einreicher: OV Leipzig Ost/Nordost

Gentrifizierung im Leipziger Osten verhindern

Der Parteitag möge beschließen:

Die Stadtratsfraktion setzt sich dafür ein, dass

- a) festgestellt wird, welche Gebiete nicht von Wohnungen der LWB abgedeckt werden und ob dort Abhilfe geschaffen werden kann. Die soll schnellstmöglich für die sich entwickelnden Gebiete der Ostvorstadt geschehen, um eine Gentrifizierung mittel- bis langfristig zu verhindern;
- b) der Veräußerungsaktivitäten zu Bestandsimmobilien in der Ostvorstadt reduziert werden;
- c) die LWB mittelfristig Sanierungen am eigenen Wohnungsbestand, insbesondere in bereits höherpreisigen Gegenden durchführt, um die Querfinanzierung sicherzustellen und dazu ggf. Mittel bereitgestellt werden.

Antrag A 07

Einreicherin: ASF Leipzig

Mobilität im Quartier erleichtern

Der Parteitag möge beschließen:

Wir fordern die Stadtratsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass

- ▶ wohnortnahe Mobilität im ÖPNV gefördert wird. Dazu wird das Kurzstreckenticket der LVB aufgewertet. Statt der vier Stationen hintereinander kann es innerhalb von 30 Minuten auch für Hin- und Rückfahrt von maximal zwei Stationen genutzt werden können. Dann muss für den „schnellen Einkauf“ zum Beispiel in der Apotheke oder im Supermarkt „drei Straßen weiter“ nicht ein reguläres Ticket gekauft werden;
- ▶ die Interessen von älteren Menschen im öffentlichen Raum stärker berücksichtigt werden, z.B. durch Sitzgelegenheiten bei allen ÖPNV-Haltestellen und auf Fußwegen.

Antrag A 14

Einreicherin: AG MuV Leipzig

Asylpolitik: Wohnraum flexibel gestalten, dezentrale Unterbringung fördern

Der Parteitag möge beschließen:

1. Die SPD Leipzig bekennt sich zum Konzept der dezentralen Unterbringung. Sie spricht sich dafür aus, dass sich die verschiedenen Akteure am Wohnungsmarkt darauf verständigen, vermehrt Wohnraum für dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden vorzuhalten und zur Verfügung zu stellen. Sollte kein entsprechender Bedarf vorhanden sein, können diese Wohnungen am freien Mietmarkt angeboten werden.
Die Stadt Leipzig soll in dem Zusammenhang die diesbezüglich bereits begonnenen Maßnahmen des Austausches zwischen öffentlichen und privaten Akteuren fortsetzen und nach Möglichkeit intensivieren.
2. Die SPD-Fraktionen im Sächsischen Landtag und im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, sich mit politischer Initiative für die Auflegung eines entsprechenden wohnungs- und asylpolitischen Förderprogramms einzusetzen, welches neben dem Neubau auch die gezielte Bestandertüchtigung zum Zweck der Unterbringung von Asylsuchenden fördert.

Antrag A 12

Einreicher: AK Stadtentwicklung und Umwelt, OV Leipzig Ost/Nordost

Flüchtlinge in das Stadtentwicklungsprojekt Parkbogen Ost einbinden

Der Parteitag möge beschließen:

Die Leipziger SPD-Stadtratsfraktion setzt sich dafür ein, dass in Leipzig wohnhafte Flüchtlinge durch folgende Maßnahmen aktiv in den Konzeptions- und Gestaltungsprozess des Stadtentwicklungsprojektes „Parkbogen Ost“ integriert werden:

- a) Flüchtlinge mit fachlichen Kompetenzen in den Bereichen Stadtentwicklung, Urbanisierung, Landschaftsbau, Architektur, Gartenbau u. ä. sollen über die Träger der Leipziger Flüchtlingsheime gefunden und mitwirkend in das Projekt „Parkbogen Ost“ eingebunden werden.
- b) Dem ASW als koordinierende Stelle werden z.B. separate Workshops und andere aktivierende und partizipative Beteiligungsformen empfohlen, in denen die Fachleute aus verschiedenen Herkunftsländern in den bereits begonnenen Konzeptionsprozess mit konkreten eigenen Vorschlägen integriert werden.
- c) Gemeinsame Patenschaften von Anwohner(-Innen) und Flüchtlingen sollen für zukünftige Teilprojekte entwickelt werden.

Antrag A 04

Einreicherin: ASF Leipzig

Frauenhäuser zukunftsfähig machen

Der Parteitag möge beschließen:

Wir fordern die Stadtratsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass

- ▶ die Kapazitäten der Leipziger Frauenhäuser analog zum Wachstum der Bevölkerung aufgestockt werden.
- ▶ die Leipziger Frauenhäuser langfristig über eine sichere und auskömmliche Finanzierung verfügen, die auch die Entlohnung der Fachkräfte nach dem Tarif der ‚Fachgruppe Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe‘ ermöglicht.
- ▶ der derzeitige Betreuungsschlüssel von 1:8 durch Fachkräfte mittelfristig an die EU-Empfehlungen von 1:6 angepasst wird.
- ▶ die teils veralteten Häuser in regelmäßigen Abständen modernisiert werden können.
- ▶ zusätzlich zu den 3er bis 5er WGs in den Häusern auch zusätzliche, kleinere Einheiten geschaffen werden. Das Wohnen in einer WG ist für manche Frauen in einer solch extremen Situation nur schwer möglich.
- ▶ die therapeutische Versorgung von psychisch erkrankten Frauen in den Frauenschutzhäusern verbessert wird.
- ▶ die Stadt Leipzig bei der Aufnahme von Migrantinnen aus Kommunen, die über keine Frauenhäuser verfügen oder die belegt sind, den „Anträgen auf Umverteilung“ schnell und unbürokratisch zustimmt.

Antrag A 05

Einreicherin: ASF Leipzig

Wohnungslosigkeit betrifft auch Frauen

Der Parteitag möge beschließen:

Wir fordern die Stadtratsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass

- ▶ wohnungslose Frauen verstärkt öffentlich wahrgenommen werden;
- ▶ eine höhere Sensibilität für die Probleme wohnungsloser Frauen entsteht;
- ▶ die derzeitigen Angebote für wohnungslose Frauen regelmäßig auf Strukturen, Zielgruppengenauigkeit und Erfolgsraten überprüft und angepasst werden;
- ▶ eine ebensolche regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Kapazitäten und Finanzierungsmittel, die im Bereich Wohnungslosigkeit für Frauen bereitgestellt werden, zu erreichen.

Antrag A 10

Einreicher: OV Leipzig West

Forschungsgrundfinanzierung für Fachhochschulen

Der Parteitag möge beschließen:

Der SPD Stadtverband Leipzig spricht sich für eine Forschungsgrundfinanzierung der sächsischen Fachhochschulen aus und bittet die SPD-Landtagsfraktion sowie unsere Mitglieder der Staatsregierung um entsprechende Initiativen. Der Stadtverband stellt dazu auch einen Antrag auf dem nächsten SPD-Landesparteitag.

Antrag A 09

Einreicher: ASF Leipzig

Flächendeckendes Breitbandnetz in Leipzig – gut für Frauen

Der Parteitag möge beschließen:

Wir fordern die Stadtratsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass

- ▶ ein Breitbandnetz mit mindesten 90 MBits/s flächendeckend für alle Leipziger Haushalte bereitgestellt wird.

* * * *